

Aufruf zu Protesten gegen den AfD-Parteitag am 2. Dezember in Hannover

1 Beschluss

Gemeinsam mit dem antifaschistischen Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ ruft die Verfasste Studierendenschaft der Universität Lüneburg dazu auf, sich den Protesten gegen den Parteitag der AfD, der am 2. Dezember 2017 in Hannover stattfinden wird, anzuschließen. Die Studierendenschaft mobilisiert zu folgenden Kundgebungen:

- Auftaktkundgebung am Theodor-Heuss-Platz – gegenüber des Veranstaltungsortes der AfD um 11:30 Uhr
- Großdemonstration vom Theodor-Heuss-Platz zum Georgsplatz um 12:30 Uhr
- Abschlusskundgebung am Georgsplatz mit Kulturprogramm von 13:30–15:00 Uhr

Das Student*innenparlament und der allgemeine Student*innenausschuss der Universität Lüneburg tragen zur Verbreitung des vorliegenden Beschlusses und seiner Begründung über die üblichen Kommunikationswege bei.

2 Begründung

Der 24. September 2017 markiert einen Einschnitt: Erstmals seit Jahrzehnten ist eine Partei in den Deutschen Bundestag eingezogen, die sich rechts der CDU/CSU verortet und in der eine nicht unbedeutende Anzahl von Neonazis Mitglied sind und innerhalb der Partei Einfluss ausüben. Die AfD hat sich in den letzten Monaten radikalisiert insbesondere durch den Austritt von Frauke Petry und Marcus Pretzell kurz nach der Bundestagswahl, die beide – im Kontext einer bereits sehr rechten Partei – zum realpolitischen Flügel gezählt wurden. Der völkisch-neurechte Flügel gewinnt an Einfluss und kann ungehindert seine rechtsradikalen Positionen vertreten.

Die AfD ...

- ... will die Erinnerung an die Verbrechen des Deutschen Faschismus und des Holocaust tilgen.¹
- ... hetzt gegen Geflüchtete, Muslim*innen, Jüdinnen und Juden und andere Minderheiten in Deutschland.²
- ... fordert eine „Minuszwanderung“, sprich eine durch Zwang herbeigeführte Massenauswanderung von Migrant*innen.³

1 Das geht u.a. aus folgendem Wortlaut aus dem aktuellen AfD-Parteiprogramm hervor: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiv identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst“ (vgl. Bundesparteitag der AfD (2017): Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Köln. Online verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf, zuletzt geprüft am 17.11.2017, S. 48).

2 Zum Verhältnis von Antisemitismus und gegen Muslim*innen gerichteter Rassismus folgender Beitrag: Grigat, Stephan (2017): Von Österreich lernen. Die FPÖ als Vorbild der AfD und Antisemitismuskritik in Zeiten islamistischer Mobilisierung. In: Grigat, Stephan (Hrsg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos, S. 9–26.

3 Das geht u.a. aus folgendem Wortlaut aus dem aktuellen AfD-Parteiprogramm hervor: „Eine erfolgreiche Anpassung all dieser Menschen, darunter ein beträchtlicher Anteil von Analphabeten, ist unmöglich. Wir brauchen über mehrere Jahre diesbezüglich eine Minuszwanderung“ (vgl. Bundesparteitag der AfD (2017): Programm für Deutschland.

- ... spricht Muslim*innen das Recht auf freie Religionsausübung ab.⁴
- ... vertritt ein reaktionäres Gesellschafts- und Familienbild und will Frauenrechte einschränken.⁵
- ... tritt für eine Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft ein.⁶
- ... ist vielerorts mit der extremen Rechten verzahnt und beteiligt sich an Straßenmobilisierungen der extremen Rechten.⁷

Es sollte verhindert werden, dass Rassist*innen für ihre Hetze noch weiteren Raum bekommen. Es sollte nicht zugelassen werden, dass die AfD mit ihrem radikal rechten Programm noch weiter an Einfluss gewinnt. Deshalb sollte der Parteitag der AfD zum Anlass genommen werden, um gemeinsam mit tausenden Menschen gegen die menschenverachtenden Positionen dieser Partei zu demonstrieren und deutlich zu machen, dass man an der Seite von Geflüchteten, von Muslim*innen und von allen anderen, die rassistisch diskriminiert und bedroht werden, steht, an der Seite von allen Minderheiten, die nach dem Willen der AfD systematisch benachteiligt und ausgegrenzt werden sollen.

Darüber hinaus hat der Senat der Universität Lüneburg durch einen „Appell der Vernunft“ anlässlich eines Vortrages des nun ehemaligen AfD-Mitgliedes Marcus Pretzell in den Räumen der Universität bereits unmissverständlich klargemacht, dass das Weltbild der AfD nicht mit den Grundsätzen der Universität Lüneburg vereinbar ist. Im Beschlusstext heißt es: „Der Senat stellt klar, dass die Raumvergabe an die AfD Lüneburg aufgrund der rechtlichen Gleichbehandlung aller erlaubten Parteien geschah und distanziert sich im Sinne des Leitbildes der Universität entschieden von den Veranstaltern sowie dem Referenten Marcus Pretzell.“ Dazu muss angemerkt werden, dass die jetzige AfD sich durch das Wegfallen des realpolitischen Flügels, wie im einleitenden Absatz bereits erwähnt wurde, deutlich weiter rechts von den Positionierungen von Marcus Pretzell verorten lässt.

Daher sollte die Verfasste Studierendenschaft der Universität Lüneburg dazu aufrufen, am 2. Dezember in Hannover gegen die AfD auf die Straße zu gehen.

Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Köln. Online verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf, zuletzt geprüft am 17.11.2017, S. 29).

- 4 U.a. sprach der stellvertretende Parteisprecher der AfD, Albrecht Glaser, Muslim*innen das Grundrecht der Religionsausübung ab (vgl. Der Tagesspiegel (2017): AfD-Vize will Islam Grundrecht auf Religionsfreiheit entziehen. Online verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/rede-im-rheingau-afd-vize-will-islamgrundrecht-auf-religionsfreiheit-entziehen/19694826.html>, zuletzt geprüft am 17.11.2017).
- 5 Ausführlich zum Antifeminismus der AfD folgender Beitrag: Siri, Jasmin (2016): Geschlechterpolitische Positionen der Partei Alternative für Deutschland. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, S. 69–80. Neben dem Antifeminismus bildet die Ablehnung des Rechtes der Frau auf körperliche Selbstbestimmung, d.h. die Ablehnung des Rechtes auf Abtreibung eine weitere tragende Säule in der Geschlechter- und Familienpolitik der AfD. Dazu ausführlich: Jentsch, Ulli (2016): Die „Lebensschutz“-Bewegung und die AfD. Nur ein Teil der Bewegung ergreift Partei. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, S. 99–107.
- 6 So fordert die AfD die Wiedereinführung der Wehrpflicht (vgl. Bundesparteitag der AfD (2017): Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Köln. Online verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf, zuletzt geprüft am 17.11.2017, S. 19).
- 7 So gibt es beispielsweise personelle Überlappungen zwischen der rechtsextremen Identitären Bewegung und der Jungen Alternative, der Jugendorganisation der AfD (vgl. Herkenhoff, Anna-Lena (2016): Rechter Nachwuchs für die AfD - die Junge Alternative (JA). In: Alexander Häusler (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, S. 201–217. Stelle über die personellen Überschneidungen von IB und JA auf S. 210).

Weitere Informationen unter:

<https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de/hannover/>